

518699-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Erbringung von Planungsleistungen (TWP - NEU) für den Neubau der Grundschule "Geschwister Scholl" in 14712 Rathenow als dreizügige Schule im Sinne einer Compartmentschule

OJ S 142/2026 27/07/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Rathenow

E-Mail: vergabestelle@stadt-rathenow.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erbringung von Planungsleistungen (TWP - NEU) für den Neubau der Grundschule "Geschwister Scholl" in 14712 Rathenow als dreizügige Schule im Sinne einer Compartmentschule

Beschreibung: Mit dieser Ausschreibung erfolgt die Vergabe von Ingenieurleistungen für die Tragwerksplanung (§ 49 ff. HOAI 2021) für den Neubau einer 3-geschossigen Grundschule (3-zügig) mit einem Untergeschoss. Die Leistungen umfassen die Leistungsphasen 1 bis 6 gemäß § 51 HOAI (stufenweise Beauftragung) sowie Besondere Leistungen. Die Schule soll im Sinn einer Compartmentschule organisiert und in Holz-Hybrid-Bauweise errichtet werden.

Im Rahmen eines offenen Realisierungswettbewerbes in zwei Phasen über den Vergabemarktplatz des Landes Brandenburg wurde ein Preisträger ermittelt. Das Ergebnis ist eine Grundschule, die als windmühlenartiger, dreiflügeliger Baukörper konzipiert wird.

Bauweise: Holz-Hybrid in Kombination mit Beton. Im Untergeschoss, der Bodenplatte und den Treppenhäusern ist der Einsatz von CO2 reduzierten Beton vorgesehen. Die

Geschossdecken sind als STB-Decken auf Holzrippen geplant. Das Gebäude besteht zum größten Teil aus einer Holzkonstruktion vorgefertigter Elemente. Auf dem begrünten Dach der Schule soll eine PV-Anlage ihren Platz finden. BGF / BRI: 7.900 m² / 34.060 m³

Kostenschätzung: Nettobausummen KG 300 - 13.271.000,00 EUR; KG 400 - 3.743.000,00

EUR Projektziele: Nachhaltige und ressourcenschonende Bauweise. Optimierung des Vorfertigungsgrades. Wirtschaftliche Tragwerkslösung. Sicherstellung von Schall-, Brand- und Feuchteschutzanforderungen.

Kennung des Verfahrens: 8e27a368-9fcb-44ca-9782-5f665dd7ec1f

Interne Kennung: 031.1/2026

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Grundschule "Geschwister Scholl"

Stadt: Rathenow

Postleitzahl: 14712

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXVHYY8YTT9EPNLX# Die Vergabeunterlagen können auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg uneingeschränkt und kostenfrei eingesehen und heruntergeladen werden. Eine Registrierung auf dem Vergabemarktplatz wird empfohlen (siehe Vergabegunterlagen_Bewerbungsbedingungen bei eVergabe). Fragen sind ausnahmslos über den genannten Kommunikationsweg zu stellen und werden nur auf diesem Weg beantwortet. Bieter sind eigenständig dafür verantwortlich, sich im Kommunikationsbereich über gegebene Antworten und Hinweise des Auftraggebers zu informieren.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gilt für alle folgenden und aufgeführten Ausschlussgründe: Den

Vergabeunterlagen ist FB_4.1 Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen beizufügen, mit dem der Bieter erklärt, dass keine Ausschlussgründe

gem. §§ 123, 124 GWB vorliegen. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der

Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, eine Abfrage beim Wettbewerbsregister gem. § 6 WregG durchführen. Bei Vorliegen eines oder mehrerer

Ausschlussgründe wird der Auftraggeber von den Bewerbern, welche zur Angebotsabgabe

aufgefordert werden sollen bzw. von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt

werden soll, Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Gem. § 124 (2) GWB

bleiben §§ 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes, nach §

21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG) oder nach § 19

des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG),

nach § 21 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes oder nach § 22 des

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. L S. 2959) unberührt und

können einen Ausschluss des Unternehmen zur Folge haben.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Gem. § 123 (1) Nr. 1 GWB wird ein

Unternehmen ausgeschlossen, wenn ein Verstoß gegen § 129 (Bildung krimineller

Vereinigungen) oder § 129b (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) des

Strafgesetzbuchs vorliegt.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Gem. § 123 (1) Nr. 1 GWB wird ein Unternehmen ausgeschlossen, wenn ein Verstoß gegen §

129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b (Kriminelle und terroristische

Vereinigungen im Ausland) des Strafgesetzbuchs vorliegt.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Gem. § 123 (1) Nr. 2, 3 und 9 GWB wird ein

Unternehmen ausgeschlossen, wenn ein Verstoß gegen § 261 (Geldwäsche; Verschleierung

unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) vorliegt und gegen § 89c (Terrorismusfinanzierung)

des Strafgesetzbuchs oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen.

Betrug: Gem. § 123 (1) Nr. 4 und 5 GWB wird ein Unternehmen ausgeschlossen, wenn ein Verstoß gem. § 263 (Betrug) und § 264 (Subventionsbetrug) des Strafgesetzbuchs vorliegt soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden.

Korruption: Gem. § 123 (1) Nr. 6, 7, 8, 9 GWB wird ein Unternehmen ausgeschlossen, wenn ein Verstoß gegen folgende §§ des Strafgesetzbuches vorliegt: - § 299 (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) - § 299a und § 299b (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), - § 333 und § 334 (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a (Ausländische und internationale Bedienstete), weiterhin der Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) und § 108 (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f (unzulässige Interessenwahrnehmung) vorliegt.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Gem. § 123 (1) Nr. 10 GWB wird ein Unternehmen ausgeschlossen, wenn ein Verstoß gegen die §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung) vorliegt.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Gem. § 123 (4) GWB wird ein Unternehmen ausgeschlossen, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Gem. § 123 (4) GWB wird ein Unternehmen ausgeschlossen, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Gem. § 124 (1) Nr. 1 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn dieses bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umweltrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Gem. § 124 (1) Nr. 1 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn es bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende sozialrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Gem. § 124 (1) Nr. 1 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde.

Zahlungsunfähigkeit: Gem. § 124 (1) Nr. 2 GWB kann der öffentliche Auftraggeber ein Unternehmen ausschließen, wenn es zahlungsunfähig ist.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Gem. § 124 (1) Nr. 2 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen wenn über das Vermögen ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Gem. § 124 (1) Nr. 2 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen wenn das Unternehmen seine Tätigkeit eingestellt hat.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Gem. § 124 (1) Nr. 2 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen wenn über das Vermögen ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Gem. § 124 (1) Nr. 3 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen wenn es im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Gem. § 124 (1) Nr. 4 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn er über hinreichende Anhaltspunkte verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Gem. § 124 (1) Nr. 5 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Gem. § 124 (1) Nr. 6 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden können.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Gem. § 124 (1) Nr. 7 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Gem. § 124 (1) Nr. 8 und 9 GWB kann der öffentliche Auftraggeber Unternehmen ausschließen, wenn das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässige oder vorsätzliche irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Erbringung von Planungsleistungen (TWP - NEU) für den Neubau der Grundschule "Geschwister Scholl" in 14712 Rathenow als dreizügige Schule im Sinne einer Compartmentschule

Beschreibung: Ingenieurleistungen - Tragwerksplanung gemäß der HOAI in den LPH 1 bis 6 (stufenweise Beauftragung, 1. Leistungsstufe LPH 1-4, 2. Leistungsstufe LPH 5-6) sowie Besondere Leistungen. LPH 1: Grundlagenermittlung LPH 2: Vorplanung, Beratung zur Tragkonstruktion (Optimierung Holzanteil/Hybridkomponenten), Kostenschätzung, Terminplanung. LPH 3: Entwurfsplanung LPH 4: Genehmigungsplanung, statische Berechnung (auch Holzbau-spezifisch), Brandschutz-Statik LPH 5: Ausführungsplanung, Detailplanung der Holz-Hybrid-Anschlüsse LPH 6: Mitwirkung bei der Vergabe (Erstellen von Leistungsverzeichnissen mit Schwerpunkt Holzbau/Vorfertigung Besondere Leistungen: Variantenuntersuchung Konstruktionssystem Die Beauftragung erfolgt stufenweise in 2 Leistungsstufen, wobei die 1. Leistungsstufe die Leistungsphasen 1-4 und die 2. Leistungsstufe die Leistungsphase 5-6 enthält. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der 2. Leistungsstufe besteht nicht. Voraussetzung für die Beauftragung der 2. Leistungsstufe ist, dass die vereinbarten Termine für die 1. Leistungsstufe eingehalten werden und die Finanzierung des gesamten Bauvorhabens durch den Auftraggeber gesichert ist. Interne Kennung: 031.1/2026

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Grundschule "Geschwister Scholl"

Stadt: Rathenow

Postleitzahl: 14712

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbegrenzt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Verringerung der Auswirkungen auf die Umwelt

Beschreibung: Ziel ist die Planung eines Null-Emissions-Gebäudes mit einem hohen Recyclinganteil.

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Klimaschutz

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Angaben zu Beschäftigten unter separater Benennung von Ingenieurinnen/Ingenieuren und/oder Architektinnen/Architekten (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung Mindestanforderungen gem. FB_Eigenerklärung zur Eignung §§ 44, 45 Vg: - mind. 2 Mitarbeiter als Dipl. Ingenieur/in und /oder Architekt/in - mind. ein/e Mitarbeitende/r muss in der Tragwerksplaner / Liste der Nachweisberechtigten für Standsicherheit eingetragen sein - Zudem soll die Erfahrung eines Mitarbeiters aus dem Projektteam in der Planung und Umsetzung von Holz-Hybridbauwerken und im Brandschutz nachgewiesen werden.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Formular 4.3 EU Erklärung Unteraufträge /Eignungsleihe (soweit zutreffend) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Erklärung des Bieters soweit beabsichtigt ist Unterauftragnehmer-/Nachunternehmerleistungen oder Eignungsleihe in Anspruch zu nehmen.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Formular 4.4 EU Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (sofern zutreffend) (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Ggf. FB_4. 4_Verpflichtungserklärung unterschrieben von den in Anspruch genommenen Unterauftragnehmer / Eignungsleiher

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur ausgeschriebenen Berufsausübung (Mit dem Angebot; Mittels Dritterklärung): Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur ausgeschriebenen Berufsausübung (Mit dem Angebot, Mittels Eigenerklärung - FB_Eigenerklärung zur Eignung §§ 44-46 VgV Ist mit dem Angebot entweder durch die Eintragung in einem Beruf- oder Handelsregister dieses Staates oder auf andere Weise nachzuweisen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Firmenreferenzen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung Mindestanforderungen gem. FB_Eigenerklärung zur Eignung §§ 44, 45 VgV: Es ist 1 vergleichbares Projekt mit folgenden Mindestanforderungen einzureichen: - Neubau eines Gebäudes als Geschossbau - Mindestens 2-geschossig in Holz-Hybrid-Bauweise - Leistungsphasen (HOAI): 2-6 - Leistungszeitraum: Planungsbeginn ab 2016, Abschluss LPH 6 (HOAI) spätestens in 2026

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (Auf Anforderung der Vergabestelle; Mittels Dritterklärung): Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung Erklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung,

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Versicherungsbestätigung Haftpflichtversicherung (Mit dem Angebot; Mittels Dritterklärung): Als Beleg der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers oder Bieters ist gem. der "Eigenerklärung zur

Eignung" eine Bestätigung der Betriebshaftpflichtversicherung über eine bestehende bzw. Erklärung des Abschlusses einer Betriebshaftpflichtversicherung gem. dem FB_Eigenerklärung zu Eignung §§ 44-46 VgV vorzulegen. Mindestanforderungen an die Deckungssummen: Personenschäden 3 Mil. EUR Sach- u. Vermögensschäden 2 Mil. EUR

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 17/08/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXVHYY8YTT9EPNLX/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXVHYY8YTT9EPNLX>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXVHYY8YTT9EPNLX>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 25/08/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 36 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Es gelten die gesetzlichen Bestimmungen gem. § 56 VgV. Der AG wird die fristgerecht eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, fachliche und rechnerische Richtigkeit prüfen, § 56 Abs. 1 VgV. Soweit sich daraus ergibt, dass Angebote unvollständig sind, behält sich der AG das Recht vor, die betroffenen Bieter nach pflichtgemäßem Ermessen aufzufordern, die entsprechenden Unterlagen innerhalb einer kurzen, für alle Bieter einheitlichen Frist (Nachforderungsfrist) nachzureichen (§ 56 Abs. 4 VgV). Die Aufforderung zur Nachreichung von Unterlagen erfolgt nur für fristgerecht abgegebene Angebote. Erfolgt keine Nachforderung, werden unvollständige Angebote ausgeschlossen, § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV. Das Recht zur Nachforderung von Unterlagen begründet indes keine Verantwortung des AG für die Vollständigkeit der Angebote. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bieter bleibt für die Vollständigkeit seines Angebots allein verantwortlich. Liegen dem AG die geforderten Unterlagen und Informationen auch nach Ablauf der Nachforderungsfrist nicht vor, wird das Angebot vom Vergabeverfahren ausgeschlossen, vgl. § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bei ordnungsgemäßigem, vollständigem

Vorliegen der geforderten Unterlagen und erwiesener Eignung erfolgt der Zuschlag auf das für die Stadt Rathenow wirtschaftlichste Angebot anhand folgender Zuschlagskriterien: -

Angebotspreis 30 % - Konzept Projektorganisation und Methodik 40% - Fachkompetenz

Projektleiter und Stellvertreter 30% (siehe 06_Eiguns_u.Zuschlagskriterien_Planung TWP_260721_031.1_2026) Verpflichtung zum Russland-Embargo: Nach der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen seit dem 09. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst Personen oder Unternehmen, die unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten oder mittelbar, mit mehr als 10% gemessen am Auftragswert, als dem in Rede stehenden Auftrag beteiligt sind.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerisch haftend.

Finanzielle Vereinbarung: siehe Architektenvertrag

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE)

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein

Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein; (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist zulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des

Nachprüfungsantrags erkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt wurden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Freistellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Rathenow

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Rathenow

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Rathenow

Registrierungsnummer: 12-12992262157335-81

Postanschrift: Berliner Str. 15

Stadt: Rathenow

Postleitzahl: 14712

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@stadt-rathenow.de

Telefon: +49 3385596340

Fax: +49 33855966340

Internetadresse: <https://www.rathenow.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE)

Registrierungsnummer: t:03318661719

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@MWAE.brandenburg.de

Telefon: 03318661719

Fax: 03318661652

Internetadresse: <https://mwae.brandenburg.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 10057666-21e8-4fda-bbcf-2e2a21039dc3 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 24/07/2026 09:23:53 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 518699-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 142/2026

Datum der Veröffentlichung: 27/07/2026